



Haushalts- und Finanzausschuss (9.) (öffentlich)

TOP 1 und 2 gemeinsam mit: Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses (5.) (öffentlich)

1. Dezember 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:02 Uhr bis 12:43 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Der Ausschuss verständigt sich auf Anregung der Vorsitzenden darauf, Vorlage 18/537 „Unterrichtung des Haushalts- und Finanzausschusses über ein Zuweisungsgeschäft gemäß § 3 Abs. 6 Satz 2 NRW.BANK-Gesetz“ als TOP 7 in die Tagesordnung aufzunehmen. Der bisherige TOP 7 wird zu TOP 8.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200
Drucksache 18/1500 (Ergänzung)

Haushalts- und Finanzausschuss (9.) (öffentlich)

01.12.2022

TOP 1 und 2 gemeinsam mit:

Unterausschuss Personal des HFA (5.) (öffentlich)

Ausschussprotokoll 18/66 (Anhörung am 15.11.2022)

Ausschussprotokoll 18/73 (Anhörung am 17.11.2022)

Vorlage 18/342

Vorlage 18/452

Vorlage 18/514

Stellungnahme 18/128

– Auswertung der Anhörungen

– abschließende Beratung und Abstimmung zur 2. Lesung

In Verbindung mit:**Ergebnisse der Oktober-Steuerschätzung 2022****11**

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 18/404

Allgemeine Aussprache**12**

– Wortbeiträge

Abstimmungen über die Änderungsanträge**40**

(Alle in der Sitzung gestellten Änderungsanträge mit Begründung sowie die Abstimmungsergebnisse sind den Berichten des Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksachen 18/1900 bis 18/1908, 18/1910 bis 18/1916 und 18/1920 – zu entnehmen. Diskussionen zu den Änderungsanträgen wurden nicht geführt.)

Schlussabstimmung**40**

In der Gesamtabstimmung empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie gegen die Stimmen von SPD, FDP und AfD, den Haushaltsgesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Finanzplanung 2021 bis 2025**40**

Mit den Stimmen aller Fraktionen nimmt der Ausschuss die mittelfristige Finanzplanung 2022 bis 2026 zur Kenntnis.

Haushalts- und Finanzausschuss (9.) (öffentlich)

01.12.2022

TOP 1 und 2 gemeinsam mit:

Unterausschuss Personal des HFA (5.) (öffentlich)

- 2 Weitere Einstellungszusagen für 2023 an Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) 41**

Vorlage 18/515

– keine Wortbeiträge

Mit den Stimmen aller Fraktionen votiert der Unterausschuss Personal an den HFA, der Vorlage 18/515 zuzustimmen.

Mit den Stimmen aller Fraktionen stimmt der Haushalts- und Finanzausschuss der Vorlage 18/515 zu.

- 3 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2023 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 – GFG 2023) 42**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1100
Drucksache 18/1402 (Ergänzung)

Ausschussprotokoll 18/82 (Anhörung am 18.11.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung zur 2. Lesung

– keine Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie gegen die Stimmen von SPD, FDP und AfD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

- 4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungsschirmgesetz) 43**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1501

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein TOP 4 in der kommenden Sitzung erneut zu beraten.

Haushalts- und Finanzausschuss (9.) (öffentlich)

01.12.2022

TOP 1 und 2 gemeinsam mit:

Unterausschuss Personal des HFA (5.) (öffentlich)

Ebenso besteht Einvernehmen, eine Anhörung durchzuführen, sofern ein Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf vorgelegt wird.

5 Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetzes 2022 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise 45

Vorlage 18/327

Vorlage 18/531

Vorlage 18/532

Vorlage 18/533

– Wortbeiträge

Vorlage 18/531 45

Der Ausschuss willigt mit den Stimmen aller Fraktionen in die Maßnahme ein.

Vorlage 18/532 45

Der Ausschuss willigt mit den Stimmen aller Fraktionen in die Maßnahme ein.

Vorlage 18/533 45

Der Ausschuss willigt mit den Stimmen aller Fraktionen in die Maßnahme ein.

6 WestLotto – Information über eine gesellschaftsrechtliche Umstrukturierung 46

Bericht

der Landesregierung

Vorlage 18/474

– Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

Haushalts- und Finanzausschuss (9.) (öffentlich)

01.12.2022

TOP 1 und 2 gemeinsam mit:

Unterausschuss Personal des HFA (5.) (öffentlich)

7 Unterrichtung des Haushalts- und Finanzausschusses über ein Zuweisungsgeschäft gemäß § 3 Absatz 6 Satz 2 NRW.Bank-Gesetz 47

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/537

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Anregung der Vorsitzenden einvernehmlich überein, den TOP in der kommenden Sitzung zu beraten.

8 Verschiedenes 48**a) Phoenix-Portfolio – Sachstandsbericht 48**

Vertrauliche Vorlage 18/42

b) Portigon AG 48**c) Gemeinsam den "New Deal" auf den Weg bringen und ein unabhängiges Gutachten zur Bildungsfinanzierung in Nordrhein-Westfalen beauftragen. 48**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/975

d) Die Landesregierung muss den Schutz der Kritischen Infrastruktur sicherstellen 48

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1375

e) Altschuldenlösung endlich auf den Weg bringen – Kommunen aus der Schuldenfalle retten 49

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1690

Haushalts- und Finanzausschuss (9.) (öffentlich)

01.12.2022

TOP 1 und 2 gemeinsam mit:

Unterausschuss Personal des HFA (5.) (öffentlich)

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungsschirmgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1501

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss am 23.11.2022)

Simon Rock (GRÜNE) nimmt an, der Gesetzentwurf werde an entscheidender Stelle noch durch einen Änderungsantrag verändert und regt deshalb an, die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt auf die kommende Sitzung zu vertagen.

Stefan Zimkeit (SPD) schlägt vor, einen Vorratsbeschluss über die Durchführung einer Anhörung zu fassen. Umfangreiche Änderungsvorschläge zu dem Gesetzentwurf könnten eine solche erforderlich machen. Gegebenenfalls könne die schon beschlossene Anhörung entsprechend erweitert werden.

Er persönlich sehe keinen Änderungsbedarf am Rettungsschirmgesetz; es könne wie geplant auslaufen.

Die Landesregierung habe erwähnt, im Zusammenhang mit diesem Gesetz Änderungswünsche an Fraktionen im Hinblick zu haben. Um welche Änderungen es sich dabei handele, solle erläutert werden.

StS Dr. Dirk Günnewig (FM) bedauert, vor Beschlussfassung im Kabinett keine Information darüber geben zu können.

Ralf Witzel (FDP) unterstützt den Vorschlag, die weitere Beratung des Tagesordnungspunkts zu vertagen, betont aber, die Grünen konterkarierten damit ihr eigenes Abstimmungsverhalten zu TOP 1; denn die Grundlage dafür sei ein Haushalt gewesen, der genau die Operationen vornehme, von denen die Grünen nun mitteilten, dass sie geändert würden.

Wenn die Landesregierung Formulierungshilfen beschließe und Fraktionen bitte, dieses Gesetz zu ändern, solle die SPD einbezogen werden, fordert **Stefan Zimkeit (SPD)**.

Olaf Lehne (CDU) unterstellt nach wie vor eine Verfassungsgemäßheit des vorliegenden Haushaltsentwurfs. Bislang liege keine Änderung durch die Landesregierung vor. Sobald Änderungen vorlägen, würden diese bearbeitet.

Haushalts- und Finanzausschuss (9.) (öffentlich)

01.12.2022

TOP 1 und 2 gemeinsam mit:

Unterausschuss Personal des HFA (5.) (öffentlich)

Ralf Witzel (FDP) erkundigt sich, warum es nicht bei dem ursprünglichen Entwurf bleibe, wenn keine verfassungsrechtlichen Probleme gesehen würden.

Olaf Lehne (CDU) erinnert an seine Erläuterung, die Koalitionsfraktionen wollten einem möglichen Streit aus dem Weg gehen, um den Menschen möglichst schnell helfen zu können. Das ändere nichts an der Rechtsauffassung. Trotzdem wollten CDU und Grüne es nicht darauf ankommen lassen, sondern jedwedes Risiko ausschließen und einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen.

Stefan Zimkeit (SPD) meint, die CDU glaube nicht an ihre eigene Rechtsauffassung. Anderenfalls sei ein solches Haushaltsberatungsverfahren nicht zumutbar. Die Stellungnahme des Landesrechnungshofs sei an Deutlichkeit nicht zu überbieten gewesen.

Er empfehle, dem Landesrechnungshof das, was die Landesregierung nun auf den Weg bringe, vorab zur Prüfung vorzulegen und mit ihm abzustimmen, damit kein erneutes Desaster drohe.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein TOP 4 in der kommenden Sitzung erneut zu beraten.

Ebenso besteht Einvernehmen, eine Anhörung durchzuführen, sofern ein Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf vorgelegt wird.